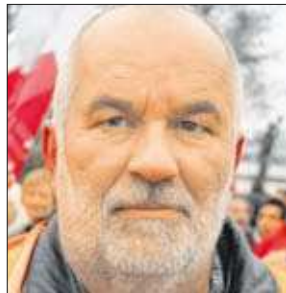


Hafenarbeiter und Tunnelgegner machen ihrem Unmut Luft

200 Mitarbeiter der LHG demonstrieren in der Stadt für einen Tarifvertrag. Ebenso viele Menschen protestieren im Hauptbahnhof gegen die feste Fehmarnbeltquerung.

Von Lena Schüch
und Peer Hellerling



●● Wir machen die Demo für uns, die Hoffnung stirbt zuletzt.“

Dieter Volgmann, LHG



Reink Pohlmann und Kerstin Fischer demonstrieren im Hauptbahnhof zusammen mit rund 200 Mitstreitern gegen die feste Fehmarnbeltquerung.



●● Das Projekt Fehmarnbeltquerung ist ein unsinniges Milliardengrab.“

Hans-Joachim Kuschinske

Die 200 Demonstranten der Lübecker Hafen-Gesellschaft (LHG) ziehen jede Menge Aufmerksamkeit auf sich: Sie schieben sich anderthalb Stunden lang mit Plakaten und Trillerpfeifen von der Musik- und Kongresshalle durch die weihnachtlich volle Innenstadt bis zum Gewerkschaftshaus. „Die Stimmung innerhalb der Belegschaft ist nicht rosig“, sagt LHG-Mitarbeiter Gerd Schmidtke (52). Sein Kollege Jürgen Schmidt gibt sich entschlossen: „Wer kämpft, kann verlieren“, sagt der 50-Jährige, „wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ LHG-Mitarbeiter Dieter Volgmann (53): „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“

Grund für das Aufgebot ist nach wie vor der Tarifstreit im Lübecker Hafen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich bereits 2012 geeinigt, nun blockiere aber der Minderheitsgesellschafter Deutsche Asset die Unterschrift unter dem Vertrag. „Sie sollen entweder unterzeichnen oder aus der Stadt verschwinden“, fordert Ver.di-Gewerkschaftssekretär Andreas Riedl. „Wir brauchen keine Heuschrecken in Lübeck.“ Der alte Zustand der Tarifautonomie müsse wieder hergestellt werden. Gleichzeitig verlangt Riedl, in den Hafen zu investieren. SPD-Fraktionschef Jan Lindenau, auch unter den Demonstranten, kritisiert: „Das Verhalten des Gesellschafters trägt wesentlich dazu bei, dass Unsicherheit im Lübecker Hafen besteht.“

Tim Oliver Ambrosius von der Deutschen Asset weist die Anschuldigungen von sich. „Wir haben mit der Stadt Lübeck bezüglich des Tarifvertrags eine gemeinsame Vorgehensweise vereinbart“, sagt er. Demnach stimme man zu, wenn die Belegschaft im Gegenzug Maßnahmen zur Effizienzsteigerung akzeptiert. Beim Thema Investitionen habe die Deutsche Asset zudem „stets allen zur Aufrechterhaltung des Betriebs notwendigen Investitionen zugestimmt“.

Wenige Meter vom Gewerkschaftshaus entfernt, im Hauptbahnhof, demonstrieren weitere 200 Menschen – allerdings zu einem anderen Thema. „Fehmarnbelt ist ein Milliardengrab, für das wir Bürger bezahlen müssen“ halten sie in großen Lettern in die Luft. Mitglieder der zwölf regionalen Aktionsbündnisse und Bürgerinitiativen gegen die geplante Tunnelver-

bindung und den Ausbau der Schienen- und Straßenhinterlandanbindungen haben sich in der Bahnhofshalle versammelt. „Es wird zwar immer gesagt, dass der Ausbau der Hinterlandanbindung von Bad Schwartau bis Puttgarden reicht, aber Lübeck ist genauso betroffen“, sagt Kerstin Fischer von der Initiative „Ratekau wehrt sich“. Nicht nur sei der Lärm durch den geplanten verstärkten Bahn-Güterverkehr eine Belastung für die Anwohner, sondern die Trasse würde auch zum Wertverlust der Immobilien führen. Zudem fürchten die Gegner schwere Umweltschäden an Land und im Meer durch die Tunnelbohrungen. „Wir müssen die Menschen informieren, was hier passiert“, sagt Fischer und verteilt Flyer an die größtenteils eher desinteressierten Bahnreisenden. „Dieses überflüssige Projekt macht mehr kaputt, als dass es nutzt.“

Auch über die Finanzierung des dänisch-deutschen Projekts empören sich die Fehmarnbelt-Gegner: „Dass der Tunnel zu einem großen Teil von Dänemark bezahlt werden soll, ist eine reine Milchmädchenrechnung“, sagt Hans-Joachim Kuschinske vom Lübecker Verein zum Schutz von Umwelt und Wohnqualität (Vesuw). „Für den Bau gibt es EU-Zuschüsse. Deutschland als größter Nettozahler finanziert dabei mindestens eine Milliarde der geschätzten Gesamtkosten von rund sechs Milliarden mit.“ Gegen das Argument, dass der Beltunnel die wirtschaftliche, touristische und kulturelle Anbindung zwischen beiden Ländern verbessern würde, wehren sich die Demonstranten. „Es gibt eine gut funktionierende schwimmende Verbindung“, sagt Fischer. „Europäischer Zusammenhalt beginnt im Kopf und braucht keinen Tunnel.“